



Stadt Bern
Gemeinderat

Erlacherhof, Junkerngasse 47
Postfach 3000 Bern 8

Telefon 031 321 62 16
Fax 031 321 60 10
stadtkanzlei@bern.ch
www.bern.ch

Schweizerischer Städteverband
Frau Renate Amstutz
Monbijoustrasse 8
Postfach 8175
3001 Bern

Bern, 18. Februar 2016

Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz: Vernehmlassung; Stellungnahme der Stadt Bern

Sehr geehrte Frau Amstutz

Der Gemeinderat der Stadt Bern dankt Ihnen für die Gelegenheit, zum Bericht des Bundesrats über die Sicherheitspolitik der Schweiz Stellung nehmen zu können.

Der Gemeinderat hat den Berichtsentwurf des Bundesrats mit Interesse zur Kenntnis genommen. Als Hauptstadt und Stadt der diplomatischen Niederlassungen ist Bern von sicherheitspolitischen Fragestellungen unmittelbar betroffen.

Es ist zu begrüßen, dass der Bundesrat vor dem Hintergrund sich ständig wandelnder Entwicklungen und Herausforderungen im Sicherheitsbereich die Strategien, Instrumente und Massnahmen laufend überprüft und gegebenenfalls anpasst. Richtigerweise erfolgen diesbezügliche Analysen und Entscheide nicht erst im Rahmen der ca. alle vier Jahre stattfindenden Berichterstattung zur Sicherheitspolitik. Entsprechend ist aber der vorliegende Bericht vorwiegend eine lediglich erklärende Zusammenstellung rund um die Sicherheitspolitik. Da die Entwicklungen und Instrumente zudem primär aus einer globalen Sicht beschrieben werden, wird das Sicherheitsbild aus Sicht der Gemeinden kaum abgebildet.

Die Städte und Gemeinden sind wichtige Träger und Akteure in Belangen der inneren öffentlichen Sicherheit. Aufgrund der föderalistischen Struktur der Schweiz und dem in Sicherheitsbelangen inhärenten Subsidiaritätsprinzip sind vorab die Organe auf Gemeinde- und Kantonebene gefordert, für die Bevölkerung die alltägliche Sicherheit und das Sicherheitsgefühl zu erhalten bzw. zu verbessern. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass dies den verantwortlichen Organen in der Regel gut gelingt.

Grundsätzlich attestiert der Gemeinderat dem Bericht eine nachvollziehbare und umfassende Darlegung der heutigen Lage. Dennoch ist der Gemeinderat der Meinung, dass der Bericht vor allem bezüglich der Betrachtung der Rolle der Gemeinden im Vergleich zu je-

nen von Bund und Kantonen unausgewogen ausgefallen ist und in den meisten Bereichen auch zu kurz greift. Dies gilt auch für die Gegenüberstellung der Rollen der Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes, wobei die Rolle von Armee und Polizei gegenüber den Rollen der weiteren Partnerorganisationen zu stark fokussiert wird. Die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen sowie die Leistungen der Feuerwehren, der Sanitätsdienste und der städtischen Führungsorgane als wichtige Partner im Sicherheitsverbund Schweiz werden im Bericht zu wenig oder nur am Rande beurteilt und gewürdigt.

Der Bericht erweckt den Eindruck, dass das Thema Sicherheitspolitik nach wie vor aus dem Blickwinkel militärischer Einsätze und polizeilicher Gefahrenabwehr sowie primär aus Sicht des Bundes und der Kantone beleuchtet wurde. Eine ganzheitliche und aussagekräftige Risiko- und Gefährdungsanalyse fehlt nach Ansicht des Gemeinderats ebenso wie eine griffige und verbindliche Strategie für die optimale Ausrichtung und Weiterentwicklung des Sicherheitsverbunds Schweiz und zur Optimierung der Zusammenarbeit aller nationalen Sicherheitsakteure.

Beispielhaft sei dazu die Feuerwehr erwähnt. Die Feuerwehr ist das Einsatzelement der ersten Stunde. Sie ist die einzige Organisation, die in der Lage ist, innert kürzester Zeit eine grössere Anzahl Einsatzkräfte zu mobilisieren. Die Tatsache, dass die Feuerwehr eine der fünf Partnerorganisationen im Verbundsystem Bevölkerungsschutz ist, rechtfertigt es, die Feuerwehr als Instrument der Sicherheitspolitik in verstärkter Masse zu sehen und im Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz entsprechend zu erwähnen.

Bezugnehmend auf die Häufung von Naturkatastrophen wie Hochwasser, wie auf Seite 28 (2.2.6 Katastrophen und Notlagen) erwähnt, hat sich der Trend in den letzten Jahren stark akzentuiert. Entlang der Flüsse ist es zu Überschwemmungen gekommen, die das Hochwasser der Sommer 1999, 2005 und 2007 teilweise übertreffen. Es ist anzunehmen, dass der Trend sich fortsetzt, was zur Folge hat, dass in den flussnahen Gebieten vermehrt viele Personen und Tiere über längere Zeit zu evakuieren sind. Das fordert die lokalen Einsatzkräfte - insbesondere ist aber auch der Organisation zur Sicherung der Strom-, Gas- und Wasserversorgung sowie die Abwasserentsorgung die notwendige Beachtung zu schenken.

Im Weiteren weist der Gemeinderat darauf hin, dass die Schweiz als Herzstück der wichtigsten Alpentransitstrecke Europas zukünftig längere und schwerere Güterzüge und damit einhergehend auch einem Gefahrenanstieg im Bereich ABC Grossereignis Bahn gegenübersteht. Dasselbe gilt für den Güterverkehr auf der Strasse. Im Ereignisfall muss mit der Behinderung oder Zerstörung von Transportwegen gerechnet werden. Im Bericht findet sich dazu keine Aussage.

Die urbanen Räume sind durch die prominenten Gefahren stark verwundbar (S. 29 f. Kap. 2.2.7), was in der Analyse kaum zum Ausdruck kommt. Die hohe Infrastrukturdichte und Technologisierung stellt Städte vor besondere Herausforderungen - etwa im Fall von Versorgungsstörungen. Terrorakte zielen auf städtische Zentren und politische Hot Spots.

Als zukünftige zentrale Herausforderungen für den Umgang mit Katastrophen und Notlagen ist zu erwarten, dass die Schäden grösser und Ereignisse komplexer werden. Entsprechend ist der Fokus auf die wirklich relevanten Gefährdungen erforderlich, was im Bericht des Bundesrats zu wenig deutlich hervorsteht. Der Gemeinderat hat im Weiteren den Ein-

druck, dass die Gesellschaft immer weniger bereit ist, die Folgen von Katastrophen und Notlagen zu akzeptieren. Es ist nicht ersichtlich, wie der Bund und die Kantone mit diesem Umstand umgehen.

Letztlich sind Katastrophen und Notlagen ein attraktiver Markt, den immer mehr Akteure bewirtschaften. Nebst den klassischen Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes, der Armee mit Zivildienst, bemühen sich vermehrt private Sicherheitsunternehmen und berufene Sicherheitsexperten um lukrative Arbeiten. Damit lässt sich der Staat unter dem Spardruck auf allen Ebenen (Bund, Kantone und/oder Gemeinde) zu einem Aufweichen von hoheitlichen Aufgaben hinreissen. Mit der Auslagerung dieser Kompetenzen wird gleichzeitig die Führung und Einflussnahme im Sicherheitsbereich aus der Hand gegeben. Dieser Bewegung gebührt ebenfalls im Bericht Erwähnung - auch wäre von Interesse, welche Massnahmen dazu umgesetzt werden sollen.

Der Gemeinderat wünscht sich, dass die städtischen Führungsorganisationen und deren Know-how im Sicherheitsverbund Schweiz (SVS), auf kantonaler und Bundesebene vermehrt nachgefragt und involviert werden. Die verantwortlichen Personen der grossen Städte sollen auch auf Augenhöhe in den Gremien RK MZF (Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr) und in der Stabschef-Konferenz des Bundesamts für Bevölkerungsschutz (BABS) eingebunden werden.

Der Gemeinderat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Alexander Tschäppät
Stadtpräsident



Dr. Jürg Wichter
Stadtschreiber